



# ODENWALD KURIER

---

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra**  
**März 2022**

---

***Guten Tag!***

Haben wir uns alle getäuscht, und die deutsche Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 hat uns gar nicht die versprochene Souveränität auf der Welt beschert und wir müssen immer noch in Washington um Erlaubnis bitten? Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz reiste für einen Tag nach Washington, um sich von Präsident Biden das Aus für die Gasleitung Nord Stream 2 ankündigen zu lassen. Der ukrainische Botschafter in Berlin Andrij Melnyk nötigt die Bundesrepublik zu Waffenlieferungen an sein Land und „die Frau aus dem Völkerrecht“, Bundesaußenministerin Baerbock marschiert mit Helm und Splitterschutzweste an der Ostgrenze der Ukraine, entlang der Konfliktlinie zu den abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Seit Monaten gibt es in unseren Medien außer den täglichen Coronazahlen ein Thema: **Der Russe kommt! Der Aggressor Putin wird gleich die Ukraine überfallen!** Die NATO-Kriegsmaschine ist längst angelaufen, aber Putin will unseren Scharfmachern den Gefallen eines Angriffs auf die Ukraine nicht erfüllen.

Um die Kriegslüsterheit der Russen anschaulich zu machen, wird in Endlosschleife die Meldung der 100.000 russischen Soldaten an der Grenze zur Ukraine wiederholt. US-Satellitenfotos geben als den Standort Jelnja in der Nähe der russischen Stadt Smolensk an. Dies ist allerdings 300 km von der Ukraine und 800 km vom Donbas entfernt,

alles andere als in Grenznähe, aber bedrohlich genug um in unseren Nachrichten die Kriegsangst zu beflügeln. Alle großen Medien waren bemüht, den von den US-Geheimdiensten auf den 16. Februar terminierten Krieg nachzuplappern. Da fragt man sich:

### **Was soll das?**

Seit 1990 ist die NATO, entgegen allen Absprachen mit dem damaligen sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow, immer weiter nach Osten vorgedrungen und steht mit ihren Abschussrampen für Mittelstreckenraketen in Polen und Rumänien. Steht unsere Bundesregierung unter solch großem Druck aus den USA, dass heute keine Entspannungspolitik mehr möglich ist? Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören. Stattdessen brauchen wir Deeskalation und Diplomatie. Dies umso mehr, als die globale Bedrohung durch Klima- und Umweltkatastrophen nur durch internationale Kooperation abgewendet werden kann.

P. J. Bosse



### **Von der Bundesregierung fordern wir:**

- Konkrete Schritte zur Deeskalation, keine militärischen Lieferungen an Kiew;
- Schluss mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen gegen Russland;
- Aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II;
- Verhandlungen mit Russland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit;
- Aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen.

Der Odenwald Kurier wird von der DKP im Odenwaldkreis monatlich herausgegeben. Spenden unter dem Stichwort „ODENWAKDKURIER“ bei der Sparkasse Darmstadt sind herzlich willkommen!

**IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40**

## Energiepreisstopp Jetzt!

Die Energiepreise explodieren gerade und die Regierung lässt die Menschen im Stich, bzw. gebärdet sich selbst als Preistreiber, indem sie permanent die Steuern auf Energie erhöht oder mit immer neuen Abgaben belastet. Zeigten bisher die Zapfsäulen den deutlichsten Anstieg, so sind es jetzt die Gas- und Strompreise, die einen schwindlig machen.

Arme Haushalte müssen sich entscheiden: **frieren oder hungern.**

In Deutschland hocken bereits 7,2 Millionen Menschen in kalten Wohnungen.

Was sind die Gründe dafür, und was lässt sich dagegen machen?

Waren bis Ende der 1990er Jahre die Energiemärkte in staatlicher bzw. kommunaler Hand und unterlagen der Preisaufsicht, setzten sich zu dieser Zeit mehr und mehr liberale Profitvorstellungen durch. Privatkapital saß in den Startlöchern und wartete auf die Gelegenheit an diesem lukrativen Geschäft teilzuhaben, während in Berlin und Brüssel die Weichen gestellt wurden. Anfänglich Preissenkungen sorgten für den Anschein, mehr Wettbewerb und neue Marktteilnehmer würden dauerhaft die Preise senken. Doch nicht niedrige Energiepreise waren das Ziel, sondern hohe Profite. Seither steigen die Preise kontinuierlich und immer schneller. Die hohen Erlöse füllten die Taschen von Werbeagenturen, Konzernvorständen und halten manche kommunalen Haushalte über Wasser. Gleichgültig über diese Misere hält auch der Staat die Hand auf und kassiert durch diverse Steuern und Umlagen kräftig ab. Die Energiepolitik wurde auf europäischer Ebene durch Liberalisierungsschritte und in Deutschland im Energiewirtschaftsgesetz abgesichert.

Warnende Stimmen, dass die Privatisierung und Liberalisierung der Daseinsvorsorge, zu der auch die Energieversorgung zählt, immer zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit geht, wurden weggewischt.

Für viele Gashändler ist die fehlende Preisaufsicht ein lohnendes Geschäft, wenn sie Gas bei langfristigen Verträgen mit Russland für 230 bis 300 Dollar pro 1000 Kubikmeter einkaufen und an der Gasbörse aber für 1000 Dollar auf den Markt werfen.

Hinzu kommt, dass die transatlantischen Kräfte in der Bundesregierung ihre geopolitischen Spielchen auf dem Rücken und auf Kosten der Bevölkerung austragen. Während sich lt. Umfragen im Januar zwei Drittel der Bevölkerung für die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 aussprachen, hören wir vom Kanzler Scholz und Frau Baerbock in Endlosschleife: **Wir sind bereit einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen!** Den Preis für diese fehlgeleitete Politik zahlen wir schon heute, und er wird noch höher. Da sind selbst unsere grünen Politiker bereit, ihr Umweltmäntelchen abzulegen und auf schädliches US-Frackinggas zu setzen.

Auch die meisten deutschen Medien verschweigen, dass die USA die Lieferung von Gas aus Russland kippen will, um das eigene, teure Flüssiggas zu verkaufen und auch deshalb den Konflikt um die Ukraine schüren. Sie machen sich zum Komplizen einer aggressiven Politik gegen ein nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland.

R. Weber



### **Unsere Forderungen nach einem Energiepreisstopp für Privathaushalte stehen fest:**

- Preissenkung für Strom- und Heizkosten
- Verbot von Strom- und Gassperrungen
- Absenkung der Stromsteuer
- Streichung der unsozialen CO2-Steuer
- Sozialtransfer-Haushalte erhalten einen Energiezuschlag
- Keine Subventionierung der Energiekonzerne
- Keine Vergünstigungen für industrielle Großverbraucher
- Sofortige Inbetriebnahme der Erdgaspipeline Nord Stream2 zur Stabilisierung der Energieversorgung

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**  
**E-Mail [rfan@mail.de](mailto:rfan@mail.de)**